

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Björn Engholm zu den zentralen Aufgaben der Politik im kommenden Jahr: Mit Ehrlichkeit und Klarheit neue Hoffnung vermitteln.

Seite 1

Cornelia Sonntag MdB zu Unions-Rufen nach einer strengeren Fernseh-Aufsicht: Zauberlehrlinge der Medienpolitik.

Seite 3

Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB zur Notwendigkeit eines breiten Bollwerks gegen den Rechtsextremismus: Kampagne gegen Haß und Gewalt beginnen.

Seite 4

Professor Dr. Uwe Holtz MdB zur Notwendigkeit, die Entwicklungspolitik zu verbessern: Vorbeugen statt schießen.

Seite 6

47. Jahrgang / 247

23. Dezember 1992

Mit Ehrlichkeit und Klarheit neue Hoffnung vermitteln Zu den zentralen Aufgaben der Politik im kommenden Jahr

Von Björn Engholm
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Zum Jahreswechsel arbeitet man gern unerledigte Dinge auf und räumt den Schreibtisch frei, um sich nach einer Atempause auf neue Aufgaben einstellen zu können. In der Politik ist das meistens nicht so leicht möglich - in diesem Jahr weniger denn je. Wir nehmen die ungelösten Probleme in den Januar 1993 hinein: die außenpolitischen Sorgen um das Morden und Sterben im zerfallenen Jugoslawien und das Elend in Somalia, die innenpolitischen Kontroversen um die Finanzierung der deutschen Einheit, die Herausforderung durch den wachsenden Rechtsextremismus.

Aber Wehleidigkeit und Resignation wären schlechte Ratgeber für die kommenden Monate. Zumindest die innenpolitischen Probleme, die uns zur Zeit in Atem halten, sind zu lösen. Allerdings gehört dazu eine lange, anhaltende Kraftanstrengung: ein wacher Sinn für die Belange vor allem derjenigen, die auf die Solidarität der Gesellschaft besonders angewiesen sind. Das gilt für die sozial Schwachen, für die diskriminierten Minderheiten in unserem Land - sowohl Deutsche als auch Ausländer! -, es gilt für all diejenigen, die zu den "Verlierern der deutschen Einheit" zählen: Menschen, die kaum Aussichten auf Ausbildung und Arbeit haben.

Im vergangenen Frühjahr haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten einen Aufruf gestartet: Wichtige Organisationen in Deutschland sollten sich zusammenfinden in einem Bündnis, das sein Wissen und Können, auch seine Opferbereitschaft in die Waagschale wirft zur Bewältigung der wichtigsten nationalen Aufgaben dieses Jahrzehnts: des Aufbaus in Ostdeutschland. Wir haben gesagt: Die meisten Menschen sind bereit, von liebgewordenen Vorstellungen Abschied zu nehmen. Etwa von der Idee, daß der Wohlstand jährlich fast automatisch wachsen soll. Aber sie wollen, daß es dabei gerecht zugeht. Und das kann nur heißen, daß die Höherverdienenden stärker herangezogen, die unteren Einkommensgruppen aber geschont werden! Monate später trat die Bundesregierung mit ihrem Appell an die Bildung eines "Sozialpakets" auf den Plan. Mit zweijähriger Verspätung hat der Kanzler gemerkt, daß die Vollen- dung der deutschen Einheit kein kurzer Spaziergang ist, sondern ein

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vervielfachen Umwege
nur maximalen Postleitzahl
00344-0000



langer und hürdenreicher Weg. Es gab Gespräche, Arbeitsgruppen, Papiere. Am Ende dieses Jahres steht eine Vorschlagsliste für Streichungen und Kürzungen, die das soziale Ungleichgewicht auf geradezu skandalöse Weise vergrößern, statt endlich Balance herzustellen.

Das Unternehmen "Solidarpakt" ist zum Tummelplatz für Rechenkünstler verkommen, die Eingriffe in den Besitzstand gerade der Bedürftigen und Benachteiligten dieser Gesellschaft entweder tatsächlich befürworten oder als Versuchsbalkons aufsteigen lassen, um den Grad der öffentlichen Aufregung zu erkunden. Schuld an dieser Entwicklung ist einzig und allein die Bundesregierung. Der Wirrwarr ist perfekt, die Empörung verständlich. Ich fordere die Bundesregierung auf, umgehend für Klarheit zu sorgen, eine solide Aufstellung des Finanzbedarfs für die zu bewältigenden Aufgaben und eigene Konzepte zu präsentieren und die unsäglichen "Streichlisten" aus dem Verkehr zu ziehen.

Die SPD hat ihre Vorschläge in ihrem Sofortprogramm formuliert. Wir nennen die wichtigsten Schritte zum Aufbau Ostdeutschlands, wir sagen, wo im Bundeshaushalt gekürzt und gestrichen werden kann. Wir verlangen eine Ergänzungsabgabe für Besserverdienende und eine Arbeitsmarktabgabe für Freiberufler, Beamte, Minister, Abgeordnete. Die Mehrheit der Bevölkerung hält diese Forderungen für richtig und vertretbar. Wir werden die parlamentarische Umsetzung des Sofortprogramms vorantreiben. Auch wenn die Bundesregierung die Chancen für einen "Solidarpakt", wie wir ihn verstehen, nahezu verspielt hat - Solidarität als Richtschnur politischen Handelns wird für uns zentrales Motto der kommenden Monate sein.

Das gilt übrigens auch für die Bekämpfung des Rechtsextremismus. Sie verlangt die täglichen und phantasievollen Zeichen und Bekundungen der Solidarität mit allen, die Aggressionen ausgesetzt sind: den Ausländern, den Obdachlosen, den Behinderten, den Menschen jüdischen Glaubens. Der Aufstand des Gewissens, der sich in den vergangenen Wochen Gottlob so kräftig und zahlenstark mit den Demonstrationen, Mahnwachen, Lichterketten formiert hat, muß zu einer Bewegung werden; zu einem Motor, der ständig auf Touren läuft. Ich weiß, daß das nicht leicht ist. Aber Gleichgültigkeit und den gefährlichen Gewöhnungseffekt an die Meldungen über Angriffe aus Asylbewerberheime dürfen wir uns nicht leisten.

Die SPD hat in einem langen und schmerzhaften Diskussionprozeß ihre Position in der Asyl- und Zuwanderungspolitik neu festgelegt. Die Wunden sind noch nicht verarbt. Ich glaube dennoch, daß wir nach dieser schwierigen Phase ein Stück weiter sind, zu einer politisch akzeptablen Regelung. Ich erneuere aber meine Forderung an die Bundesregierung, unverzüglich mit unseren östlichen Nachbarstaaten Verträge auszuhandeln, die eine gerechte Lastenverteilung bei der Aufnahme von Flüchtlingen und der Bearbeitung von Asylanträgen ermöglichen. Denn es geht natürlich nicht an, daß die Bundesrepublik das Zuwanderungsproblem zwei ökonomisch und verwaltungstechnisch noch nicht ausreichend vorbereiteten Ländern überträgt.

Die Verfassung wie ein Kleinod hüten

Wir haben in unser Sofortprogramm auch die neue Rolle Deutschlands in der Völkergemeinschaft umrissen. Ich sehe nicht nur innerhalb der SPD, sondern in der deutschen Bevölkerung einen breiten Konsens dafür, den Auftrag der Bundeswehr für Blauhelm-Einsätze im Rahmen der UNO zu öffnen und dafür die Verfassung zu ändern. aber diese grundgesetzliche Klärung muß sofort geschehen - nicht nur, aber besonders deswegen, weil deutsche Soldaten in Somalia humanitäre Hilfe leisten sollen. Sie haben einen Anspruch darauf, daß ihr Einsatz unter eindeutigen verfassungsrechtlichen Bedingungen geschieht. Für alle Demokratien gilt als unumstößliche Regel, daß sie ihre Verfassung wie ein Kleinod hüten und achten. Gerade die Bundesrepublik darf nicht von diesem Weg abweichen. Sie würde bei den Bürgerinnen und Bürgern die ohnehin um sich greifende Verdrossenheit über die Politik noch steigern. Wenn schon die Spitzenpolitiker die Verfassung überdehnen, wenn sie Verstöße leichtfertig in Kauf nehmen - welches Vertrauen sollen die Menschen dann noch in unser demokratisches Gemeinwesen haben?

Unser Leitfadens für das kommende Jahr muß wirklich die Solidarität sein. Auch die mit unserem Grundgesetz, das im Zuge der Verfassungsreform die Verpflichtung des Staates für das Gemeinwohl und die Lebenschancen aller Bürger ebenso wie deren demokratische Teilhabe noch deutlicher und

zeitgemäßer absichern soll. Politiker und Parteien müssen einen Werbefeldzug für die Politik schlechthin zustande bringen. Das ist nicht leicht. Aber es beginnt mit Ehrlichkeit und Klarheit - und damit, daß wir Reden und Handeln deckungsgleich machen. Dann sollte es trotz schwieriger Zeiten möglich sein, eine neue Aufbruchstimmung und neue Hoffnung auf die Politik zu vermitteln, wie sie der künftige US-Präsident Bill Clinton während seines Wahlkampfes und seiner Vorbereitung auf sein neues Amt in weiten Teilen der amerikanischen Bevölkerung erzeugt hat.

Ich wünsche uns Einsicht, Ausdauer, Mut und Ideen - aber auch gelegentlich das Stück Fröhlichkeit und Gelassenheit, das man in der Politik braucht.

(-/23. Dezember 1992/rs/ks)

Zauberlehrlinge der Medienpolitik
Zu Unions-Rufen nach einer strengeren Fernseh-Aufsicht

Von Cornelia Sonntag MdB
Sprecherin des SPD-Parteivorstandes und Mitglied der SPD-Medienkommission

Es läßt schon aufhorchen, was der Vorsitzende der CDU-Grundsatzprogramm-Kommission, Reinhard Göhner, in dieser Woche als Bestandteil der neuen Leitlinien seiner Partei an herausgehobener Stelle nannte: strengere Aufsicht über die Medien, besonders über das Fernsehen.

Die Gründe für solche Argumente liegen auf der Hand. Auch die CDU bekommt die Folgen der Entsolidarisierung und Entpolitisierung der Gesellschaft zu spüren; auch sie konstatiert den Hang vieler Menschen, sich einlullen zu lassen; auch sie beobachtet den Siegeszug des Konsumverhaltens über die Kreativität. Hinzu kommt jetzt die aktuelle Diskussion darüber, ob und in welchem Umfang die Medien Ausländerhaß und Gewaltbereitschaft gefördert haben.

Die öffentlich-rechtlichen Sender, so Göhners beredete Klage, hätten sich in den Sog der privaten hineinziehen lassen; statt Qualitätssteigerung erlebe man das Wettrennen um Einschaltquoten. Ja, wie wolten wir's denn gern? Dürfen wir die medienpolitische Diskussion vergangener Tage in Erinnerung rufen? Die Unionsparteien waren es doch, die jahrelang die Werbetrommel für die möglichst ungebremste Zulassung der Privaten rührten! Sie waren es doch, die das öffentlich-rechtliche Monopol im Bereich der elektronischen Medien anprangerten; sie waren es doch, die die neuen Programme nicht nur als Belebung des Marktes, sondern als Element von Frische und Munterkeit gegen die bürokratisch erstarrten Öffentlich-Rechtlichen herbeisehnten! Daß mit dieser Entwicklung nicht nur Improvisationstalent, Keckheit und Vielfalt einhergehen würden, sondern auch Dilettantismus, daß im Ringen um Reichweiten das Niveau aller am Konkurrenzkampf Beteiligten absacken würde - das haben viele Mahner und Kenner der Entwicklung in anderen Ländern vorhergesagt.

Heute findet sich die CDU in der Rolle des Zauberlehrlings, - ernüchtert und erschreckt ob der Geister, die er rief. Und deshalb ist die Union auch die denkbar ungeeignete Instanz, um so etwas wie einen ethischen Grundkonsens in den Funk- und Fernsehanstalten zu verankern. Es stimmt bedenklich, wenn ausgerechnet die Partei, die über viele Jahre besonders ungeniert in die Häuser hineinregierte, nun für "personelle Kontrollinstanzen" wirbt und verkündet, die Medienpolitik der Parteien dürfe sich nicht auf Personalpolitik bei der Besetzung von Redaktionsposten und Aufsichtsgremien reduzieren. Das soll ja wohl bedeuten: nicht weniger, sondern mehr Parteien-Einfluß - auch wenn Göhner noch so eifrig die Notwendigkeit überparteilicher und unabhängiger Kontrolle beschwört!

Es ist wohlfeil, über "Gewalt im Fernsehen" zu lamentieren. Aber auch bei diesem Thema tut Differenzierung Not. Unbestritten ist mittlerweile der schlimme Einfluß brutaler Filme und Horror-Videos, die nachweislich die Hemmschwellen senken und Blutvergießen und Grausamkeit in den Rang des Alltäglichen heben. Die Darstellung real existierender Gewalt jedoch - Bürgerkriege und deren Opfer, das Leiden und Sterben in Somalia, die Berichte vergewaltigter bosnischer Frauen, Verbrechen gegen die Umwelt - gehört auf den Bildschirm. Um aufzuklären, aufzurütteln; auch wenn das Entsetzen der Zuschauer wellenartig steigt und rasch wieder verebbt.

Zweifellos tragen Medien schuld an Ausländerhaß und Diskriminierung - erinnert sei nur an die kampagnenhaften Berichte über Kriminalität und Mißbrauch von Sozialhilfe unter Asylbewerbern. Journalisten haben die Ausschreitungen gegen Ausländer wie einen Serienkrimi in die Wohnstuben transportiert. Aber ebenso richtig ist auch, daß ein Fernseh-Team erst von wenigen Tagen wegen seines Einsatzes für bedrohte Vietnamesen in dem brennenden Haus in Rostock mit einem Preis belohnt wurde. Und: Rundfunkanstalten und Zeitungsverlage waren die Hauptinitiatoren der Lichterketten von Hamburg und anderen Städten. Auch das gehört in die Diskussion dieser Tage.

Was wir brauchen, sind keine zusätzlichen Kontrollinstanzen für die Medien, schon gar keine unter Anleitung oder Federführung der CDU. Was wir brauchen, sind Abkommen des Anstands - Vereinbarungen zwischen den einflußreichen Kräften dieser Gesellschaft, wie man am besten ein Klima der Toleranz und Humanität befördert. Es sollte doch möglich sein, ausländerfeindliche und einseitig diffamierende Artikel über Ausländer zu ächten! Es sollte möglich sein, auf verhetzende Kampagnen zu verzichten. Und es sollte machbar sein, die Wortführer rechtsradikaler Parteien aus Talk-Shows zu verbannen - vor allem aus solchen, bei denen schlecht vorbereitete Moderatoren geradezu unterwürfige Fragen stellen.

Ein frommer Wunsch? - Nein, mehr. Zum neuen Jahr hat man ein paar Wünsche und gute Vorsätze frei. Aber das eben Erwähnte fordert darüber hinaus nüchternes Reden und Handeln. Das kann, das muß geschehen.

(-/23. Dezember 1992/rs/ks)

Kampagne gegen Haß und Gewalt beginnen

Zur Notwendigkeit eines breiten Bollwerks gegen den Rechtsextremismus

Von **Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB**
Mitglied des SPD-Präsidiums

Das massive Erstarken eines neuen Rechtsradikalismus verbunden mit der eindeutigen Bereitschaft zur Gewalt und zur Duldung von Gewalt ist eine Gefährdung unseres Rechtsstaats und ein Angriff auf die Grundlagen unserer Gesellschaft. Der Grundgesetzartikel 1 "Die Würde des Menschen ist unantastbar" gilt für alle Menschen. Wir schämen uns der feigen Mörder und Gewalttäter. Sie zerstören mit ihren schrecklichen Taten die Substanz und die Grundlage menschlichen Zusammenlebens und das Ansehen unseres Landes. Wer Molotow-Cocktails wirft, ist ein Mörder und muß mit unnachsichtiger Verfolgung und Bestrafung des Staates rechnen. Wer Gewalt anwendet und gegen die Gesetze verstößt, gehört ins Gefängnis. Wir dürfen nicht wegsehen, wo Unrecht geschieht, wir müssen uns schützend vor die ausländischen Bürgerinnen und Bürger stellen, wo immer sie durch Wort und Tat angegriffen und verfolgt werden.

Wie groß war unsere Hoffnung am 9. November 1989 als die Menschen im Osten die Mauer überwand, daß besonders vor den Deutschen in Europa und in der Welt niemand mehr Angst zu haben brauchte! Was ist passiert? Der Nationalismus, den manche nach der deutschen Einheit befürchteten, hat sich nicht nach außen gewandt. Er wendet sich nach innen.

Dieser Zustand wird beschleunigt durch eine konservative Politik, die nur ökonomischen Markttendenzen folgt. Die so entstandene Gesellschaft ist eine wesentliche Ursache von Gewalt und Rechtsradikalismus. Nur neue Formen der Solidarität können aus dieser Krise hinausführen.

- o Die Täuschung der CDU über die wachsenden Kosten der deutschen Einheit hat zu einem finanzpolitischen Desaster geführt.
- o Die bisherigen Steuer- und Abgabenleistungen der Bundesregierung belasten einseitig die kleinen Leute. Weitere Einsparungen im Sozialbereich verstärken die soziale Ungerechtigkeit.
- o Massenentlassungen und verstärkte Kurzarbeit verstärken die sozialen Spannungen und die Unsicherheit in weiten Teilen unseres Volkes.
- o Eine verfehlte Bonner Wohnungspolitik hat zu einem gravierenden Mangel an bezahlbaren Wohnungen geführt. Die Länder und Kommunen werden bei der Finanzierung allein gelassen und das trotz weiterer Belastungen durch den Bund.

All dies führt dazu, daß viele Bürgerinnen und Bürger immer mehr Angst vor der Zukunft haben. Rechtsradikalismus und Gewalt fanden Zustimmung bei Menschen, die nicht alle dem rechtsextremen Lager zugeordnet werden können. Junge Menschen suchen Orientierung, finden sie immer weniger und orientieren sich deshalb an den "einfachen und primitiven" Formeln der Rechtsradikalen.

Es muß ein Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen, eine Kampagne gegen Haß und Gewalt begonnen werden. Wir müssen uns um einen breiten Konsens gegen Ausländerfeindlichkeit, Rechtsradikalismus und Gewalt bemühen. Die in vielen Kommunen schon initiierten "runden Tische" sind ein wichtiges Bollwerk gegen Gewaltbereitschaft und rechte Tendenzen. Hier hat die SPD eine wichtige Aufgabe. Es geht um die Bildung eines breiten Bündnisses zur Verteidigung der politischen Kultur unseres Landes.

Es muß ganz klar werden: Die unmißverständliche gesellschaftliche Ächtung muß jeden treffen, der Gewalt und Terror gegen Ausländerinnen und Ausländer begeht. So wie in den 70er Jahren die RAF-Leute durch einen breiten Konsens aller gesellschaftlichen Gruppen geächtet wurden, muß dieses auch für die sich ausbreitende rechtsradikale Szene gelten.

Und jedem, der meint, er könne wegsehen, sollte deutlich werden: Wer der Gewalt nicht entschlossen rechtzeitig entgegentritt, muß wissen: Die Gewalt überschreitet sehr schnell die eigne Türschwelle.

Martin Niemöller hat seine Erfahrungen mit dem Unrechtsregime folgendermaßen formuliert:

"Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschaftler holten, habe ich nicht protestiert, ich war ja kein Gewerkschaftler. Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen, denn ich war kein Jude. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestierte."

Pogromangst muß aus Deutschland verschwinden und darf sich nicht weiter ausbreiten. Die Vergangenheit darf sich nicht wiederholen. Dafür stehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Deutschland.

(-/23. Dezember 1992/rs/ks)

Vorbeugen statt schießen
Zur Notwendigkeit, die Entwicklungspolitik zu verbessern

Von Professor Dr. Uwe Holtz MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

So notwendig und verständlich die Diskussion darüber ist, ob sich auch Deutschland in einer reformierten und gestärkten UNO an friedensschaffenden Kampfmaßnahmen als letztem Mittel beteiligt, desto wichtiger wird es gerade in der innenpolitischen Diskussion in der Bundesrepublik, darauf hinzuweisen, daß Frieden in erster Linie keine militärische, sondern eine politische Aufgabe ist. Wir dürfen angesichts der Not zum Beispiel in Somalia oder auf dem Balkan und der wachsenden Bereitschaft zu militärischen Einsätzen nicht in den Wahn der Schießwütigen verfallen, allein Waffentechnik und militärische Strategien seien wirkungsvolle Antworten und Garanten für ein friedliches Miteinander der Menschen.

Die Bundesrepublik muß sich, statt mit den Säbeln zu rasseln, auf deutscher und internationaler Ebene verstärkt für eine vorausschauende, kriegsvermeidende und -vorbeugende Politik einsetzen. Dazu gehören eine verbesserte Entwicklungspolitik und höhere Entwicklungshilfe, Waffenexportverbote und eine Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen, eine faire Weltwirtschafts- und Sozialordnung, der Einsatz für die weltweite Verwirklichung der Menschenrechte und keine Unterstützung für Diktaturen. Hier hat es in der Vergangenheit große Versäumnisse gegeben.

Eine der größten Friedensbedrohungen, auch für uns in den Industrieländern, ist die Armut. Immer mehr Menschen flüchten vor Hunger, Elend und fehlenden Aussichten auf eine menschenwürdige Entwicklung. Angesichts dieser Entwicklung fordert die SPD erneut die Verdoppelung der Entwicklungshilfe noch in den neunziger Jahren. Über einen entsprechenden Antrag der SPD wird der Bundestag im Januar abstimmen. Die Bundesregierung hat mit dem Herunterfahren der Entwicklungshilfe auf 0,35 Prozent des Bruttosozialprodukts ein falsches Signal gesetzt. Selbst eine angeschlagene Kassenlage darf nicht übersehen lassen, daß entwicklungspolitische Versäumnisse und Vergangenheit und Gegenwart unsere innenpolitischen Probleme schon der nahen Zukunft mitbestimmen werden. Steigende Zuwanderungszahlen zeigen schon jetzt, daß der Marsch der Elenden auf Europa längst begonnen hat.

Wir brauchen eine neue Entspannungspolitik zwischen Nord und Süd, Arm und Reich. Entwicklung muß zum neuen Namen für Frieden werden.

(/23. Dezember 1992/rs/ks)

Wir wünschen unseren Lesern gute Weihnachtsfeiertage, einen angenehmen Rutsch und für das neue Jahr Gesundheit, Glück und Erfolg.

*Die nächste Ausgabe des SPD-Pressedienstes erscheint am
4. Januar 1993.
Verlag und Redaktion des SPD-Pressedienstes*